

„Land kann Eingangsbesoldung schon 2016 oder 2017 erhöhen“



Klaus Dauderstädt,
Vorsitzender des
Deutschen Beamtenbunds

Prominenter Besuch aus Berlin: Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbunds, Klaus Dauderstädt, machte am Montag allein durch seine Anwesenheit deutlich, wie wichtig ihm die Verwaltungsbeamten aus Baden-Württemberg sind. Bei ihrer Vertreterversammlung in Stuttgart (siehe rechts) äußerte er grundsätzliche Gedanken zur Zukunft des Berufsbeamtentums, als dessen Hüter er seine Organisation versteht. Der Staatsanzeiger hat nachgehakt.

Staatsanzeiger: Seit bald drei Jahren wirbt der Deutsche Beamtenbund gezielt für den Nachwuchs im öffentlichen Dienst. Kann das die öffentliche Hand nicht selber tun?

Klaus Dauderstädt: Wir wollen nicht an die Stelle der Arbeitgeber treten, deren Aufgabe es ist, für Nachwuchs Sorge zu tragen. Wenn wir dennoch die Kampagne „Die Unverzichtbaren“ lanciert haben, dann um deutlich zu machen, wie groß der Bedarf, wie groß auch die Not in vielen Bereichen ist. Wir sehen ein großes Defizit in der Anerkennung für Berufe im öffentlichen Dienst, für die wir selber mit großer Überzeugungskraft werben können. Wir treten an die Schulen heran, damit junge Leute sehen: Der öffentliche Dienst hat für ihre berufliche Zukunft viel zu bieten.

Ist die öffentliche Hand ein attraktiver Arbeitgeber?

Die öffentliche Hand ist ein attraktiver Arbeitgeber von ihren Aufga-



„Die öffentliche Hand ist ein attraktiver Arbeitgeber“, sagt Beamtenbund-Chef Dauderstädt und wirbt auch für die Polizei. FOTO: DPA

ben her. Die öffentliche Hand ist auch ein attraktiver Arbeitgeber, was die Verlässlichkeit der Arbeitsbedingungen angeht. Dass die finanzielle Konkurrenzfähigkeit mit der Privatwirtschaft nicht immer gegeben ist, ist ein Defizit, an dem wir arbeiten müssen. Es kommt jungen Leuten nicht nur auf ein hohes Gehalt an. Sie wollen auch ein vernünftiges Arbeitsumfeld haben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das kann weniger attraktive finanzielle Konditionen ausgleichen.

Viele Länder, darunter Baden-Württemberg, sparen an ihren Beamten. Wie wollen Sie diese Entwicklung aufhalten, wenn Sie auf ein Streikrecht für Beamte verzichten?

Um Einfluss zu nehmen auf die Politik, muss man nicht zwingend einen Arbeitskampf organisieren.

Wir müssen die Politiker überzeugen, wie wichtig es ist, den öffentlichen Dienst und damit auch seine beiden Statusgruppen funktionsfähig und attraktiv zu halten, das ist unsere Kernaufgabe. Und

„Der Beamtenstatus ist in Europa eher singulär geworden.“

Klaus Dauderstädt, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbunds

da sind wir auch erfolgreich. Tarifbeschäftigte können streiken, Beamte müssen Überzeugungsarbeit leisten.

„Dass wir immer etwas weniger be-

kommen, daran hat man sich schon gewöhnt“, sagte Jochen Müller, Vorsitzender des Verbands der Verwaltungsbeamten. Muss man als Beamter hart im Nehmen sein?

Man muss immer hart im Nehmen sein. Das gilt auch in der gewerkschaftlichen Arbeit sowohl gegenüber der Politik als auch gegenüber der Justiz. Wir haben so manches Mal ein Urteil vor die Nase bekommen, von dem wir nicht begeistert waren. Das gehört zum Geschäft. Da muss man seine Strategie entsprechend anpassen.

Ihr Vorgänger Peter Heesen zeigte sich für weitgehende Veränderungen beim Beamtenrecht offen. Warum treten Sie als Hüter eines Berufsbeamtentums auf, das in seinen Grundlagen noch aus Kaisers Zeiten stammt?

Den Widerspruch sehe ich nicht. Eine große Dienstrechtsreform,

wie sie mein Vorgänger mit dem Bundesinnenministerium erarbeitete, macht man nicht jedes Jahr. Das heißt, es gibt Phasen, in denen eine größere Reform ansteht und es gibt Phasen, in denen es um Kontinuität geht und wo es gilt, Fehlentwicklungen zu verhindern. In eine solche Phase fällt meine Amtszeit. Deswegen verteidige ich nicht ein verstaubtes Berufsbeamtentum, sondern stehe für eine sachgerechte Weiterentwicklung der hergebrachten Grundsätze, wie sie das Grundgesetz seit der Föderalismusreform vorsieht.

Nachbarstaaten haben vorgemacht, dass man ein Gemeinwesen auch effektiv verwalten kann, wenn man auf Grundsätze wie Lebenszeitprinzip und Streikverbot verzichtet. Ist das nicht Beleg genug, dass es auch anders geht?

Es stimmt: Der Beamtenstatus ist in Europa eher singulär geworden. Die Niederlande, Österreich, die Schweiz und Luxemburg haben das Beamtenrecht ganz oder teilweise abgeschafft oder in andere Rechtsqualitäten überführt, die mit unseren nicht mehr vergleichbar sind. Ich bin jedoch der Ansicht, dass wir Deutschen sowohl aus strukturellen als auch aus finanziellen Gründen gut beraten sind, am jetzigen System festzuhalten.

Die neue, grün-schwarze Landesregierung will die Absenkung der Eingangsbesoldung bis 2022 wieder rückgängig machen. Begrüßen Sie diesen Schritt?

Wir begrüßen, dass die Landesregierung die Absenkung der Eingangsbesoldung rückgängig machen will. Wir fordern sie jedoch auf, damit nicht bis 2022 – also bis zur nächsten Legislaturperiode – zu warten. Eine solche Maßnahme ist schon 2016 oder 2017 möglich und sinnvoll.

Das Gespräch führte Michael Schwarz